

Grundwissen 9. Klasse

Die Weimarer Republik

1918

Novemberrevolution: Als Protest gegen den sinnlosen Befehl, die ganze deutsche Flotte in einer letzten großen Schlacht untergehen zu lassen, brach im Oktober 1918 in Kiel ein Matrosenaufstand aus. In Deutschland wurden Arbeiter- und Soldatenräte gegründet. Die Gehorsamsverweigerung der Soldaten führte am 9. November zur Abdankung des Kaisers, Wilhelms II., zum Sturz der Monarchie und Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann (SPD). Reichskanzler Prinz Max von Baden übertrug Friedrich Ebert (SPD) die Regierungsgewalt. Ihm gelang es, Deutschland von einem sozialistischen Umsturz nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution zu bewahren. Am 11. November 1918 unterzeichnete die neue Regierung den Waffenstillstand.

9. November 1923

Hitlerputsch

Völkerbund

Internationale Organisation, die auf Initiative des US-Präsidenten Wilson 1920 gegründet wurde. Ihr Ziel war die friedliche Beilegung internationaler Konflikte durch die Zusammenarbeit der Staaten. Der Völkerbund basierte auf Wilsons 14-Punkte-Programm, das u. a. Rüstungsbeschränkungen, die Anerkennung der territorialen Unversehrtheit der Mitgliedstaaten und die Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit vorsah. Der Völkerbund wurde von der Völkergemeinschaft jedoch nie ganz akzeptiert: Die USA lehnte etwa einen Beitritt ab. Durch das Aufkommen des Nationalsozialismus verlor der Völkerbund seine Bedeutung und wurde 1946 mit der Gründung der Vereinten Nationen aufgelöst.

Weimarer Verfassung

Die erste demokratische Verfassung Deutschlands wurde in Weimar durch die Nationalversammlung beschlossen und trat am 11.8.1919 in Kraft. Sie bildete die gesetzliche Grundlage für eine parlamentarische Republik. Als klassische bürgerliche Grund- und Freiheitsrechte wurden Rechtsgleichheit, Freiheit der Person, Freizügigkeit, Recht der freien Meinungsäußerung, Petitionsrecht, Versammlungsfreiheit sowie die Glaubens- und Gewissensfreiheit in die Weimarer Verfassung mit aufgenommen. Artikel 48 der Verfassung gab dem Reichspräsidenten das Recht, bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit den Ausnahmezustand zu verhängen und Notverordnungen zu erlassen. Diese Bestimmung war Ausdruck des Misstrauens der Nationalversammlung gegen die Parteidemokratie. Im Unterschied zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurden die Parteien in der Weimarer Verfassung nicht als Teil der politischen Willensbildung verankert.

Inflation

Anhaltende Geldentwertung, die durch Vermehrung der umlaufenden Geldmenge bei gleichbleibender Warenmenge entsteht; der dadurch bedingte Preisanstieg begünstigt Sachwertbesitzer und benachteiligt Lohnempfänger, Sparer und Gläubiger. 1923 erreichte die Inflation in Deutschland ihren Höhepunkt: Ersparnisse der Bevölkerung wurden praktisch völlig wertlos. Ursache hierfür war die Geldpolitik der Reichsbank, die versuchte, die staatlichen Schulden durch den Druck immer neuer Geldscheine zu tilgen.

Hitlerputsch

Putschversuch vom 8./9.11.1923 unter Führung Adolf Hitlers und General Ludendorffs im Münchener Bürgerbräukeller mit dem Ziel, die Demokratie zu stürzen und von der „Ordnungszelle Bayern“ heraus die Regierung in Berlin an sich zu reißen. Der Putsch scheiterte an der mangelhaften Planung und Durchführung sowie am Widerstand der Polizeikräfte.

Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg

- 1929** New Yorker Börsencrash leitet Weltwirtschaftskrise ein.
- 30. Januar 1933** Reichspräsident Paul von Hindenburg ernennt Adolf Hitler (Führer der NSDAP) zum Reichskanzler: „Machtergreifung“.
- 1933** „Ermächtigungsgesetz:“ Der Regierung wird unumschränkte Gesetzgebungsvollmacht eingeräumt. Das Gesetz hebt die Gewaltenteilung auf und bildet die Grundlage der NS-Diktatur.
- 9. November 1938** Novemberpogrom: Gewalttames Vorgehen der Nationalsozialisten gegen Juden und jüdische Geschäfte; Zerstörung der Synagogen.
- 1. September 1939** Beginn des Zweiten Weltkrieges mit Deutschlands Angriff auf Polen
- 20. Juli 1944** Widerstand; Attentat auf Hitler scheitert (Graf Stauffenberg).

Antisemitismus

Der Ende des 19. Jh. in Deutschland entstandene Begriff bezeichnet die Ablehnung oder Bekämpfung von Juden aus religiösen oder sozialen Gründen. Der politische Einfluss, der wirtschaftliche Reichtum und die überproportionale Repräsentation in bestimmten Berufszweigen (Ärzte, Journalisten, Wissenschaftler und Künstler) führten im Verein mit dem Nationalismus in der 2. Hälfte des 19. Jh. zur Entstehung des modernen Antisemitismus. Die Judenfeindschaft wurde zunehmend rassistisch (biologisch) begründet und nahm dadurch an Aggressivität zu. Juden galten als „minderwertige Rasse“. Der Antisemitismus stand im Mittelpunkt der nationalsozialistischen „Weltanschauung“ und Politik, deren Maßnahmen vom Boykott bis zur systematischen Vernichtung der Juden (Holocaust) reichten.

„Drittes Reich“

Die Bezeichnung für das nationalsozialistische Deutschland (1933 - 1945) wurde ursprünglich im Mittelalter als Begriff einer Utopie vom Idealreich verwendet. Das alte „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ galt als erstes Reich, das Kaiserreich (1871 – 1918) als zweites. Mit diesem Ausdruck propagierten die Nationalsozialisten bis 1939 die Vollendung der deutschen Geschichte durch den Nationalsozialismus.

„Gleichschaltung“

So nannten die Nationalsozialisten ihre Maßnahmen Organisationen des öffentlichen Lebens (Gewerkschaften, Verbände, Medien) mit ihrer Ideologie zu durchdringen und zu beherrschen. Außerdem nahmen sie den Ländern ihre Eigenständigkeit und führten eine Einparteienherrschaft ein.

Holocaust/Shoa

Das griechische Wort „holocauston“ bezeichnete ursprünglich ein „Brandopfer von Tieren“. Seit Ende der 1970er Jahre wurde dieser Begriff für den systematischen Massenmord an den europäischen Juden im Dritten Reich verwendet. Im Jüdischen wird für den Völkermord an den Juden der Begriff Shoah („plötzlicher Untergang“, „Katastrophe“) gebraucht. Dem NS-Regime fielen etwa 6 Millionen Juden zum Opfer.

Grundwissen 9. Klasse

Konzentrations- und Vernichtungslager	Konzentrationslager (KZ) wurden erstmals Anfang des 20. Jh. in totalitären Staaten errichtet, um politische Gegner und missliebige Minderheiten auszuschalten. Ab 1923 richtete der sowjetische Diktator Stalin Zwangsarbeitslager ein. Nach der "Machtergreifung" der Nationalsozialisten entstanden 1933 im Deutschen Reich die ersten KZs. Hier wurden Minderheiten, die den rassistischen, ideologischen und politischen Vorstellungen der Nationalsozialisten nicht entsprachen, in Haft genommen, misshandelt und ermordet. Ab 1938 wurden KZ-Häftlinge zur Zwangsarbeit für die SS und die Rüstungsindustrie eingesetzt. Seit 1941 wurden in den besetzten Gebieten im Osten Vernichtungslager eingerichtet, in denen die Nazis zwischen 5 und 6 Millionen Juden und eine halbe Million weiterer Menschen – größtenteils in Gaskammern – umbrachten.
„Machtergreifung“	Am 30. Januar 1933 übertrug Reichspräsident Hindenburg Hitler die Kanzlerschaft. Dies erfolgte – formal gesehen – auf legalem Wege. Von einer „Machtergreifung“ oder einer „Revolution“ – im Sprachgebrauch der Nazis – kann also nicht die Rede sein. Deutschlands Umgestaltung im Sinne der Nationalsozialisten erfolgte erst im Zuge der Gleichschaltung.
Münchener Abkommen	Das am 30. September 1938 zwischen Großbritannien (Chamberlain), Frankreich (Daladier), Italien (Mussolini) und Deutschland (Hitler) in München unterzeichnete Abkommen verpflichtete die Tschechoslowakei, das überwiegend von Deutschen bewohnte Sudetenland an das Deutsche Reich abzutreten. Ein tschechoslowakischer Vertreter war zur Münchner Konferenz nicht eingeladen. Großbritannien und Frankreich erhofften sich vergeblich von diesem Zugeständnis (im Sinne der Appeasementpolitik), Hitler von seinen Kriegsplänen abbringen zu können.
Nationalsozialismus	Der Begriff bezeichnet die völkische, antisemitische, nationalistische Bewegung in Deutschland, die sich 1920 als Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) organisierte und die unter Führung Adolf Hitlers in Deutschland 1933 eine Diktatur errichtete. Ein extremer Nationalismus, Rassismus, Eroberungsstreben („Lebensraumpolitik“), Führerprinzip und eine klassenlose Volksgemeinschaft sind – im Gegensatz zum internationalen Sozialismus des Marxismus – grundlegende Elemente der NS-Weltanschauung.
„Nürnberger Gesetze“	Bezeichnung für die am 15. September 1935 auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP festgelegten antisemitischen Rassegesetze. Laut „Reichsbürger-Gesetz“ standen nur „Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“ die „vollen politischen Rechte“ zu. Juden verloren somit das Wahlrecht und durften keine öffentlichen Ämter mehr übernehmen. Nach dem „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ waren nicht nur Eheschließungen, sondern auch außereheliche Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden verboten. Zum Nachweis der „arischen Abstammung“ seit mindestens drei Generationen musste jeder Deutsche vor seiner Anstellung im öffentlichen Dienst oder vor der Eheschließung den Behörden einen „Ahnenpass“ vorlegen. Verstöße gegen die „Nürnberger Gesetze“ konnten mit Gefängnis bestraft werden. Sie bildeten die juristische Grundlage für die nachfolgende Diskriminierung und schikanöse Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung.

Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

8. Mai 1945	Bedingungslose Kapitulation Deutschlands, Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa
1946	Verfassung des Freistaats Bayern
23. Mai 1949	Unterzeichnung des Grundgesetzes der BRD in Bonn
1949	Gründung der beiden deutschen Staaten BRD und DDR
17. Juni 1953	Aufstand gegen das DDR-Regime
1961	Mauerbau in Berlin

Besatzungszonen	Als Folge des Verlustes der Regierungsgewalt über ihre Territorien wurden Deutschland und Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg von den Siegermächten in vier Besatzungszonen – eine amerikanische, eine britische, eine französische und eine sowjetische – aufgeteilt. Jede Besatzungszone unterstand dem Oberbefehlshaber der jeweiligen Siegermacht.
Deutsche Frage	Die ungelöste nationale Frage, die durch die Teilung Deutschlands als Folge des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Krieges entstanden war. Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1949 war das Ziel der westdeutschen Politik, die Einheit Deutschlands entsprechend dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes wiederherzustellen.
Entnazifizierung	Bestreben der Alliierten nach 1945, die deutsche Gesellschaft von nationalsozialistischen Einflüssen zu säubern. Maßnahmen waren neben der gerichtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechern u.a. die Entfernung ehemaliger Nationalsozialisten aus einflussreichen Positionen. Die Amerikaner richteten dafür so genannte Spruchkammern ein, die über die Schuld der Einzelnen entschieden. In der sowjetischen Zone wurde die Entnazifizierung dazu genutzt, strukturelle Veränderungen (beispielsweise die Enteignung von Großgrundbesitzern und Großindustriellen) herbeizuführen und so eine kommunistische Gesellschaftsordnung vorzubereiten.
Flucht und Vertreibung	Nach dem Zweiten Weltkrieg mussten ca. 14 Mio. Deutsche die deutschen Ostgebiete verlassen. Zunächst flohen viele vor der Roten Armee. Die Bevölkerungsbewegung erreichte ihren Höhepunkt in der systematischen Vertreibung aus Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie und Ost- bzw. Südosteuropa. Über 2 Mio. kamen dabei ums Leben.

Grundwissen 9. Klasse

Konferenz von Potsdam	<p>Letzte große Kriegs- und erste Nachkriegskonferenz in Europa vom 17. Juli bis 2. August 1945. Die Regierungschefs der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion verhandelten über die Zukunft Deutschlands und das Ende des Krieges in Fernost. Für Deutschland einigten sich die "Großen Drei" u.a. auf folgende Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none">• Alliiertes Kontrollrat als oberstes Entscheidungsorgan für Deutschland• Die Gebiete östlich der Oder und der Neiße sollen bis zur endgültigen Festlegung durch einen Friedensvertrag mit Deutschland als polnische Westgrenze anerkannt werden• Die 5 D's:<ul style="list-style-type: none">➤ Demokratisierung➤ Demilitarisierung (Entwaffnung)➤ Denazifizierung➤ Demontage (Abbau kriegswichtiger Industrien)➤ Dezentralisierung der Verwaltung und Entflechtung der Wirtschaft
NATO	<p><i>North Atlantic Treaty Organization</i></p> <p>Zehn westeuropäische Staaten, die USA und Kanada gründeten 1949 die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft als Militärbündnis, um sich gemeinsam gegen einen möglichen Angriff der Sowjetunion zu verteidigen und politisch für Frieden und Freiheit einzutreten. Die NATO war Teil der Blockbildung. Die Bundesrepublik Deutschland trat ihr 1955 bei.</p>
Währungsreform	<p>Einführung einer neuen Währung und Neuordnung des durch die Kriegsfinanzierung zerrütteten deutschen Geldwesens von 1948 durch die Siegermächte; in den westlichen Besatzungszonen wurde die Deutsche Mark, in der Sowjetischen Besatzungszone die D-Mark (später Mark der DDR) eingeführt. Die unterschiedlichen Währungen vertieften die Teilung Deutschlands.</p>
Warschauer Pakt	<p>Das 1955 in Warschau gegründete Militärbündnis der Ostblockstaaten (außer Jugoslawien und später Albanien) bestand bis 1991. Unter Führung der Sowjetunion fasste es alle militärischen Kräfte Osteuropas, einschließlich der DDR, gegen die NATO zusammen.</p>
Westintegration	<p>Die politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Einbindung der Bundesrepublik nach 1945 in die westliche Welt. Als ihr Wegbereiter gilt u. a. der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU). Die Bundesrepublik als weitgehend souveränes Land sollte Westeuropa und die USA politisch, wirtschaftlich und militärisch stärken (Mitgliedschaft in der EWG und der NATO). Im Gegenzug erhielt sie Schutz und Förderung durch die westlichen Bündnispartner.</p>

Die Welt im Schatten des Kalten Krieges

1963

Deutsch-französischer Freundschaftsvertrag

Europäische Einigung

Am Anfang des Einigungsprozesses nach dem Zweiten Weltkrieg stand die Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten im 1949 gegründeten Europarat und in der 1951 entstandenen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Die Mitgliedsländer gründeten 1957 durch die Römischen Verträge die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). Die drei Organisationen (EGKS + EWG + EURATOM) wurden 1967 zur Europäischen Gemeinschaft (EG) zusammengefasst. Mit dem Vertrag von Maastricht (1992) entstand die Europäische Union (EU), der nach mehreren Erweiterungen inzwischen 27 Staaten angehören. Der gemeinsame freie Markt besteht weitgehend uneingeschränkt, während die politische Einigung weiter vorangetrieben wird.

Nahostkonflikt

Streit zwischen dem 1948 gegründeten Staat Israel und der arabischen Welt. Streitpunkte sind das Existenzrecht des Staates Israel, die Rechte der Palästinenser an diesem Land sowie die Gründung eines eigenen palästinensischen Staates. Mehrere Kriege und zahllose Terrorakte prägen bis heute den Konflikt.

Nord-Süd-Konflikt

Spannungen zwischen den Industriestaaten auf der nördlichen und den "Entwicklungsländern" auf der südlichen Erdhalbkugel. Der auf dem wachsenden wirtschaftlichen Ungleichgewicht zwischen beiden Staatengruppen beruhende Konflikt findet ihren Ursprung in der Zeit der Entkolonialisierung: Die Entwicklungsländer als Rohstofflieferanten und Märkte für Industrieprodukte gerieten immer mehr in Abhängigkeit von den Industriestaaten. Die daraus folgende hohe Verschuldung, instabile politische Systeme bzw. Demokratiedefizite sowie die Überbevölkerung und schlechte Ernährung führte zu einer Spirale der Armut. Den Industriestaaten wird oft vorgeworfen, sie seien an dieser Abhängigkeit interessiert, um ihren Einfluss in der Dritten Welt aufrechtzuerhalten (Neokolonialismus). Deshalb fordern die Entwicklungsländer eine Umstrukturierung der Entwicklungshilfe, Umschuldung, eine stärkere Kontrolle transnationaler Unternehmen und die Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung.

UNO

United Nations Organization

1945 in San Francisco gegründete Nachfolgerin des Völkerbundes. Ständige Mitglieder des Sicherheitsrates mit Vetorecht sind heute die Siegermächte des II. Weltkrieges (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich) sowie die Volksrepublik China. In der Generalversammlung sind fast alle Staaten der Erde vertreten. Ihre weiteren wichtigen Organe sind der Generalsekretär und der Internationale Gerichtshof in den Haag. Ihre Hauptziele sind die Sicherung des Friedens und die internationale Zusammenarbeit zur Lösung wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer und humanitärer Probleme. Ihr Sitz befindet sich in New York.

Zusammengestellt von Peter Durucz, 2009.